

"MEHR EUROPÄISCHE INTEGRATION: DAS ZU ERREICHENDE ZIEL"
ROM, 14. SEPTEMBER

ERKLÄRUNG

Wir, die Präsidenten der italienischen Camera dei Deputati, der französischen Assemblée nationale, des Deutschen Bundestages und der Chambre des Députés Luxemburgs, das derzeit den Vorsitz des Rates der Europäischen Union sowie den Vorsitz der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU führt, sind davon überzeugt, dass man der europäischen Integration einen neuen Impuls verleihen muss.

Als Präsidenten nationaler Parlamente, deren Mitglieder den über demokratische Wahlen ausgedrückten Volkswillen repräsentieren, verpflichten wir uns, zu diesem Prozess beizutragen und die unabdingbare Rolle der Parlamente hervorzuheben.

Wir sind der Auffassung, dass nicht weniger, sondern mehr Europa nötig ist, um den innen- und außenpolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Europäische Union und ihre Entwicklung sind eine Erfolgsgeschichte, das steht außer Frage. Die ursprünglichen Ziele als Projekt des Friedens und des allgemeinen Wohlstands für ganz Europa sind heute nicht weniger aktuell, als sie es 1957 zur Zeit der Unterzeichnung der Römischen Verträge waren. Darüber hinaus hat die Union als Wirtschaftsraum von weltweiter Bedeutung, in dem Demokratie, Grundfreiheiten, Recht und Sicherheit gewährleistet sind, weltweit großen politischen Einfluss ausgeübt und tut dies weiterhin.

Dennoch steht die Europäische Union derzeit auch vor außerordentlichen Herausforderungen: der größten Migrations- und Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, der Gefahr des unumkehrbaren Klimawandels, unzureichendem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit, wachsender Ungleichheit mit Armut und materiellen Entbehrungen in vielen Mitgliedsstaaten, der Wirtschafts- und Finanzkrise, internationaler Kriminalität und Terrorismus und dem verbreiteten Gefühl der Bürgerinnen und Bürger, dass die Europäische Union nicht in der Lage ist, Lösungen für ihre Sorgen und Bedürfnisse zu finden. Letzteres trägt dazu bei, dass die Bürger sich zunehmend von der Politik abwenden, und führt zu Intoleranz gegenüber Migranten und anderen Minderheiten sowie zu Ressentiments gegenüber den

nationalen und europäischen Institutionen. All das gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Trotz der beachtlichen Reformen der letzten fünf Jahre haben diese Probleme die Schwächen im Aufbau und in der Funktionsweise der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion aufgezeigt und deutlich gemacht, dass es notwendig ist, den Weg der politischen Integration Europas entschlossen weiterzugehen. Mut und Pragmatismus werden erforderlich sein, um auf eine gemeinsame Souveränität auf europäischer Ebene hinzuarbeiten.

Kein europäisches Land kann die eigenen Interessen in einer globalisierten Welt wirksam geltend machen und die Herausforderungen innerhalb und außerhalb Europas allein meistern. Unser gemeinsames Ziel ist eine stärkere und besser integrierte Europäische Union, wie im Vertrag über die Europäische Union festgelegt.

Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen ein stärkeres Europa, ein Projekt, das auf der Achtung der Grundrechte und der Menschenwürde sowie auf den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Marktwirtschaft, des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und des nachhaltigen Wachstums beruht. Für die unmittelbare Zukunft muss für uns im Vordergrund stehen, den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden und auf nationaler Ebene und EU-Ebene wirksame Maßnahmen zu entwickeln, um für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung - insbesondere für junge Menschen - zu sorgen und gleichzeitig soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen sowie soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherungssysteme zu fördern.

Unsere Partner wollen ein stärkeres Europa, um die große Instabilität rund um unseren Kontinent herum zu bewältigen, wo sich unsere Nachbarländer im Süden wie im Osten in Aufruhr befinden. Es liegt auf der Hand, dass Europa eine herausragende Rolle spielen kann, wenn es so handelt wie bei der Vermittlung des historischen Abkommens mit dem Iran. In einer globalisierten Welt kann Europa als Hauptakteur auftreten, wenn es mit einer Stimme spricht und handelt.

Wir glauben, dass eine stärkere politische Integration notwendig ist

Eine stärkere politische Integration – im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip – ist nötig, um die inhärenten Schwächen der Europäischen Union und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu überwinden und Europa die Vision zu geben, die es braucht, um nicht mehr von einer Notlage in die nächste zu stolpern. Ans Licht gebracht hat diese Schwächen der Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise – das schließt auch den Fall Griechenland ein – sowie die konkrete Gefahr, dass in einigen Mitgliedsstaaten trotz des Aufschwungs eine "verlorene Generation" entsteht.

Die heutige Situation bietet die Chance, den Weg der politischen Integration Europas weiter zu beschreiten, der zu einem föderalen Staatenbund führen könnte.

Eine stärkere Integration wird unseren Kontinent auch in die Lage versetzen, globale Herausforderungen wie Vertreibungen und ansteigende Migrationsströme, den Klimawandel, die Zunahme bewaffneter Konflikte und des Terrorismus, die Instabilität der Währungs- und Finanzmärkte, die Konkurrenz durch Schwellenländer und die Notwendigkeit der Diversifizierung und Koordinierung der Energiequellen erfolgreich anzugehen.

Der laufende Integrationsprozess sollte sich nicht auf den Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie den Binnenmarkt und die Agrarpolitik beschränken. Er sollte alle Themen einschließen, die mit den europäischen Idealen zu tun haben – die sozialen und kulturellen Angelegenheiten ebenso wie die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Um den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger besser Rechnung zu tragen, müssen die Volksvertreter in den nationalen Parlamenten den eigenen Bürgern auch deutlicher erklären, wie die europäischen Institutionen funktionieren und welche Perspektiven mittel- und langfristig für die Union zu erwarten sind.

Wir glauben, dass es notwendig ist, die Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) und ihre soziale Dimension zu stärken

Wir glauben, dass die WWU durch Schaffung einer echten Finanz- und Fiskalunion vollendet werden sollte, müssen aber auch die Kontrollinstitutionen stärken und uns dafür einsetzen, dass echte demokratische Rechenschaftspflicht und Legitimität gewährleistet sind und

dadurch die Stabilität und der Wohlstand geschaffen werden, die die Bürgerinnen und Bürger der Eurozone erwarten. Größerer Ehrgeiz ist erforderlich, um eine effektive, voll funktionsfähige WWU zu schaffen, wobei die soziale Dimension innerhalb ihres Gestaltungsrahmens weiter gestärkt und auf allen Ebenen einbezogen werden sollte.

Wir begrüßen daher die gemeinsame Initiative der Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments, der Eurogruppe und der Europäischen Zentralbank zugunsten einer Reform der WWU als eine Grundlage für zukünftige Diskussionen.

In diesem Zusammenhang sollte man die Übertragung größerer Befugnisse auf die europäischen Institutionen anstreben. Hierzu werden die nationalen Parlamente bei der Entscheidungsfindung innerhalb der EU eine größere Rolle spielen müssen.

Wir glauben, dass es notwendig ist, sich stärker an den Visionen der Gründerväter zu orientieren

Wie von den Gründervätern der Europäischen Union angedacht, kommt es darauf an, dass die Unterzeichnerländer der vorliegenden Erklärung gemeinsam mit allen Kräften, die den Prozess der europäischen Integration vorantreiben, sich auch in Zukunft ihrer besonderen historischen Verantwortung bewusst sind.

Unsere Länder, die dieselben Rechte und Pflichten haben wie alle anderen Mitgliedstaaten der EU, sind aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen beim Aufbau des europäischen Einigungswerkes verpflichtet, dem Integrationsprozess neue Impulse zu verleihen.

Da alle nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU einen Beitrag leisten können und in der Tat eine herausragende Rolle spielen, gehen wir davon aus, dass weitere Veranstaltungen organisiert werden können, um die vorliegende gemeinsame Erklärung vorzustellen und eine Debatte über konkrete Vorschläge zu eröffnen, mit denen die Union gestärkt werden kann, beispielsweise bei der nächsten Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union, die im Mai 2016 in Luxemburg stattfinden wird. Die vorliegende Erklärung steht den Präsidenten aller parlamentarischen

Versammlungen der EU-Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung offen und wird den Institutionen der Europäischen Union vorgelegt .